

INTELLEKTUELLE IN DER POLITIK

UNENTBEHRLICHE ANALYTIKER DER LAGE

≡ Paul Nolte

Intellektuelle in der Politik – da steigen in der bundesrepublikanischen Erinnerung unweigerlich Bilder der späten sechziger und frühen siebziger Jahre auf: Hat es nicht damals, quer durch die Parteien, brillante intellektuelle Köpfe gegeben, die Schreibtisch und Denksessel des Professors hinter sich ließen, um sich in das politische Getümmel zu stürzen, und die trotzdem originell und widerborstig blieben? Schwarzweiß und wie im Weichzeichner sieht man Horst Ehmke vor sich, der für Willy Brandt das Kanzleramt in eine moderne Managementzentrale verwandelte; Werner Maihofer, den kunstsinnigen Strafrechtler als Innenminister; und Kurt Biedenkopf, der nach brillanter akademischer Frühkarriere Helmut Kohl half, die CDU der siebziger Jahre an veränderte Realitäten heranzuführen. Sicher neigt der Blick in die Vergangenheit oft zur Verklärung. Kann man diese drei zum Zeitpunkt ihres Seitenwechsels bereits als »Intellektuelle« bezeichnen – oder handelte es sich nicht eher um Professoren, die ihre strahlende intellektuelle Aura erst im Laufe vieler Jahrzehnte, gestählt durch unzählige Podiumsdiskussionen, Op-Ed-Beiträge und fortgesetztes Grenzgängertum erwarben?

Wie viel hat sich also wirklich verändert – ist die Distanz der Intellektuellen zur Politik größer geworden? Man könnte etwa meinen, inzwischen wechselten weniger Intellektuelle, Akademiker und Professoren in die Politik, weil die Politiker mehr Wert auf ihre eigenen akademischen Titel legen.

Aber die Probleme liegen tiefer – und sind doch, gerade im deutschen Fall, auch nicht so dramatisch, wie ein Blick auf die amerikanische politische Kultur, auf die Rolle von Intellektuellen in der Politik der USA zeigt.

Im Grunde haben sich die Intellektuellen der Politik in den letzten zwei, drei Jahrzehnten sogar eher angenähert: Sie schweben nicht mehr in einer getrennten Sphäre, die ihnen freilich von manchen Politikern früher auch gerne zugewiesen wurde, und sei es als das Strauß'sche Gehege der Ratten und Schmeißfliegen. Sie stellen nicht immer gleich von links die Systemfrage, oder erklären sich von rechts im Gestus des Anti-Intellektuellen, wie ihn Helmut Schelsky kunstvoll kultivierte, für inkompetent. Sie sind in der parlamentarischen Demokratie vollständig angekommen, nicht nur im Sinne des großen Bekenntnisses, sondern auch des Verständnisses für den mit ihr verbundenen Kleinkram, die alltäglichen Probleme und Reibungsverluste. Sie sind, so könnte man pointiert sagen, inzwischen weder »Dissidenz-Intellektuelle« (Ost) noch »romantische Utopiker« (West). Aber bleibt dabei nicht die Kritik auf der Strecke, die M. Rainer Lepsius vor einem halben Jahrhundert als Kern des »Berufs« von Intellektuellen erkannt hat? Lepsius selber gehörte zu einer Generation, den jetzt oft so genannten »45ern«, die mit ihrem Bekenntnis zur liberalen Demokratie des Westens dieser Ankunft in der Realität, dieser Überbrückung des

alten deutschen Gegensatzes von Macht und Geist, entscheidend vorgearbeitet hatten.

Danach entstand gelegentlich wieder ein anderer Eindruck: Teile der 68er-Generation schienen sich in der Bundesrepublik dezidiert unwohl zu fühlen; und die wenigen Konservativen derselben Jahrgänge kultivierten eine überpolitische Blasiertheit wie Botho Strauß. Unter diesem Eindruck mussten die wiederum Jüngeren neu lernen, dass das berühmte »J'accuse« von Emile Zola sich auf die Anprangerung eines konkreten Missstands beziehen konnte, nicht darauf, die Demokratie in den Anklagestand zu versetzen. Aber nicht nur das – es geht inzwischen auch in anderer Hinsicht um einen anderen Angeklagten. Früher waren das zweifellos die Obrigkeit, der Staat, die für ihn handelnden Politiker. Die Erfahrung der Diktaturen im 20. Jahrhundert hat diese aus dem 19. Jahrhundert, von Heinrich Heine bis Zola, kommende Prägung noch verstärkt; nur allzu verständlich. Im Grunde ist darin aber ein obrigkeitsstaatlicher Gestus enthalten geblieben: dem Aufbegehren des Volkes gegen die da oben eloquenten Ausdruck zu verleihen – der in der Demokratie weiterhin notwendig ist, aber nur eine Seite der Medaille bildet.

Die andere, schwerer zu lernende Seite – und Aufgabe der Intellektuellen – jedoch ist es, dem Volk selber den Spiegel seiner eigenen Ignoranz, seiner Vorurteile, seiner Kleinkariertheiten vorzuhalten. Man könnte das die Rolle des Eulenspiegel-Intellektuellen nennen, wenn das nicht zu sehr nach Narrheit und Schelmerei klänge. Warum sollten Intellektuelle heute automatisch auf der Seite der Gegner von »Stuttgart 21« stehen? Haben die Protestierer das Gemeinwohl gepachtet, das ihnen eine böse Obrigkeit vorenthalten will? Oder ist es die Aufgabe der Intellektuellen, darauf hinzuweisen, dass die Dinge eben etwas komplizierter liegen? Die Menschen treten für ihre Interessen ein,

oder für das, was sie so wahrnehmen. Genauso soll Demokratie, im pluralistischen Modell, auch sein. Aber nicht mit jeder St.-Florians-Position müssen sich Intellektuelle identifizieren, weil sie sich gegen die bösen Buben da oben richtet. Es kann geradezu ihre Aufgabe sein, die Demokratie zu verteidigen gegen den populistischen Defätismus ihrer Verächter. Unrealistisch, übertrieben? Genau solche Intellektuelle gab es in der Weimarer Republik zu wenig. Im Dauerbetrieb der Demokratie können die Intellektuellen daher kritisch und affirmativ zugleich sein.

So sind Intellektuelle in Deutschland »der Politik« nähergekommen, ohne notwendig selber die Seite wechseln zu müssen. Das ist längst nicht überall so. In den USA etwa herrscht ein weit größerer Abstand zwischen Intellektuellen und Politik, zumal zwischen den Universitäten und der politischen Klasse. In der »Berliner Republik« sind die beiden Sphären einander hautnah auf die Pelle gerückt. In Amerika hingegen ist die alte Tradition des Anti-Intellektualismus nicht verschwunden, sondern hat sich im kleinbürgerlichen Konservatismus, oft unter evangelikalem Einfluss und angesichts eines scharfen Stadt-Land-Unterschiedes, sogar wieder verstärkt. Vielleicht als Reaktion darauf scheinen auch die Intellektuellen etwas von ihrem Pragmatismus verloren zu haben; sie reagieren zunehmend zynischer auf die Politik, oder frustriert wie Tony Judt in seinem letzten Buch über den misslichen Zustand des eigenen Landes und der eigenen Politik: »Ill Fares the Land«. Eine Links-Rechts-Lagermentalität hat sich auch bei den Intellektuellen tief eingegraben, in der die Anhänger der gegnerischen Partei buchstäblich für verrückt erklärt werden. Und die akademischen Ostküsteneliten haben von ihrer Leitfunktion für die Politik nicht nur bei den Republikanern ein erhebliches Stück verloren. Aber es gibt sie

auch weiterhin, die klassischen Wissenschaftler-Intellektuellen mit politischem Engagement oder sogar Kontakten zu Präsidenten. Der allgemeine Topos vom Ende des Intellektuellen stimmt nicht einmal hier. Meist verbirgt sich dahinter nur ein perspektivischer Irrtum der Älteren, die nach ihrer eigenen heroischen Geistesgröße nichts anderes mehr anerkennen wollen.

Während also eine doppelte Polarisierung: zwischen Macht und Geist, zwischen links und rechts, die amerikanische Situation relativ klar konturiert, ist das Bild in Deutschland diffuser geworden. Die neue Unübersichtlichkeit hat viele Dimensionen und Ursachen. Die Abgrenzung zwischen Intellektuellen und Experten etwa ist schwieriger geworden. Die Nachfrage der Politik nach Expertise ist gestiegen, und nicht immer ist klar, ob sich die Erwartung auf die Lieferung empirischen Materials richtet, von möglichst unwiderlegbaren Statistiken, oder auf Interpretationen und Richtungsangaben, weil Zahlenmaterial auch innerhalb der Ministerialbürokratie generiert werden kann. Wissenschaft und Forschung sind betriebsförmiger geworden, während gleichzeitig Think Tanks, in Deutschland häufig in Gestalt von Stiftungen, eine wichtigere Rolle in der Politikberatung und als »Stichwortgeber« spielen. Mit der Szientifizierung der Sozialwissenschaften ist die Position des *armchair intellectual* unter Legitimationsdruck geraten: »Woher wissen Sie das denn? Meine Zahlen zeigen aber ...« – da kann der Intellektuelle nur den Kürzeren ziehen, weil seine Rolle damit missverstanden ist.

Doch die »neue Unübersichtlichkeit«, wie Jürgen Habermas sie Mitte der 1980er Jahre beschrieben hat (Woher wusste er das eigentlich? Quantitative Inhaltsanalysen?), meinte ja nicht zuletzt die Verwischung herkömmlicher politisch-ideologischer Grenzen: Warum waren Linke auf einmal nicht mehr für die Aufklärung und das

»Projekt Moderne«? Auch diese Konstellation hat die politische Positionierung von Intellektuellen nicht einfacher – im Grunde aber interessanter – gemacht. Ein neues Spannungsverhältnis zwischen einem Engagement, das auch parteilich ist, und der kritischen Unabhängigkeit und Überparteilichkeit ist entstanden. Die Eindeutigkeit des politischen Bekenntnisses ist für die Nach-68er-Generationen ohnehin schwieriger geworden; mit dem Parteibuch geboren wird man schon lange nicht mehr, und man identifiziert sich nicht mehr automatisch mit der SPD als Lehre aus der jüngsten deutschen Geschichte. Wer würde heute noch wie Peter Glotz die Rolle eines Parteiintellektuellen spielen wollen oder sich parteibiografisch auch nur so festlegen wie Günter Grass? Wenn Politiker sich für Intellektuelle interessieren, müssen sie deshalb andere Kriterien entwickeln, weil die alte Kontrollfrage nach dem Parteibuch nicht mehr funktioniert.

Intellektuelle in der Politik? Für bestimmte Traumkonstellationen, an die man bei dieser Frage gerne denkt, ist gegenwärtig nicht der historische Moment. Geremek, Havel: die polnischen und tschechischen Intellektuellen der achtziger Jahre als maßgebliche Gestalter ihrer neuen Demokratien – so hoch sollten wir lieber nicht greifen, und ein bisschen davon haben wir in Deutschland ja auch gehabt, mit Wolfgang Thierse, Richard Schröder, Jens Reich und anderen. Im Großen und Ganzen sind wir in einer Normalphase der Demokratie, und es gibt Schlimmeres. Das ist kein Grund für Intellektuelle, sich aus der Politik zu verabschieden, oder für die Politik, sich nicht mehr für Intellektuelle zu interessieren. Letzteres ist wahrscheinlich sogar weniger der Fall – die Sehnsucht nach Deutungen und Außenansichten ist groß in einem immer hektischer getakteten Politikbetrieb. Also müssen sich die Wissenschaftler und Künstler fragen, wie sie in diffuserer Situation dennoch

Position beziehen können. Übrigens nicht zuletzt: Wissenschaftlerinnen, Künstlerinnen, denn es muss endlich Schluss sein mit der Intellektualität als Männerberuf. Für Wissenschaftler bedeutet das in erster Linie, sich nicht hinter die Schutzmauer des Expertentums zurückzuziehen, die auf bequeme Weise unangreifbar macht, aber auch einen fatalen Fehlschluss nahelegt: Aus vermeintlich objektiv geronnener Erkenntnis ließen sich noch nie politische Richtungsentscheidungen deduzieren.

Der Alltagsbetrieb der Demokratie braucht keine Philosophenkönige, aber er braucht Analytiker der Lage, Wächter der Macht und Kritiker des Volkes.



Prof. Dr. Paul Nolte, geb. 1965, ist Professor für Neuere Geschichte und Zeitgeschichte an der Freien Universität Berlin. Im Frühjahr 2012 erscheint ein Buch über die Geschichte und Gegenwart der Demokratie.

MORALISTEN, SCHWEIGT!

≡ Konrad Paul Liessmann

Die Rolle der Intellektuellen in der Öffentlichkeit ist von einer seltsamen Ambivalenz gekennzeichnet. Wie immer sich der Intellektuelle hier positioniert, er macht es sicher falsch. Sind angesichts von politischen Krisen, Finanzskandalen, Naturkatastrophen, Islamfeindlichkeit und den drohenden Gefahren der neuesten Technik keine Stimmen der Dichter und Denker, Künstler und Wissenschaftler zu vernehmen, lässt der Vorwurf nicht lange auf sich warten: Warum schweigen die Intellektuellen? Schweigen diese aber nicht, mischen sie sich ein, warnen sie, fordern sie, geben sie gar Empfehlungen für moralische oder militärische Interventionen, heißt es gleich: Warum können sie nicht schweigen? Mit anderen Worten: Entweder schweigen die Intellektuellen, obwohl sie sich doch einmischen sollten; oder sie mischen sich ein, dabei sollten sie doch schweigen.

Solche Uneindeutigkeit hat ihre Gründe. Denn weder weiß man genau, was unter einem Intellektuellen zu verstehen ist, noch, was es heißt, sich als Intellektueller in was auch immer einzumischen. Einfacher, als den Intellektuellen und sein Engagement zu definieren, ist es wahrscheinlich, einmal festzuhalten, was ein Intellektueller nicht ist. Ein Wissenschaftler, der auf seinem Gebiet forscht, ist noch kein Intellektueller, auch dann nicht, wenn er hin und wieder von der Politik um Rat gefragt wird und in der einen oder anderen Ethikkommission sitzt. Ein Dichter, der Gedichte schreibt, ist auch noch kein Intellektueller, auch dann nicht, wenn er sich hin und wieder im Feuilleton zum Verschwinden gedruckter Gedichte äußert; ein Künstler, der Bilder malt, ist auch noch kein Intellektueller, auch dann nicht, wenn seine Bilder anklagen, provozieren oder verstören; ein Philosoph, der philoso-

phiert, ist auch noch kein Intellektueller, auch dann nicht, wenn er über Gerechtigkeit in der Postdemokratie nachdenkt und zu diesem Thema gerne von Studierendenvertretungen eingeladen wird.

Umgekehrt gilt aber auch: Wer weder forscht, noch schreibt, noch dichtet, noch malt, noch philosophiert, kann erst recht kein Intellektueller sein. Sich nur einzumischen, ist auch zu wenig. Es sind schon die Dichter und Denker, die Künstler und Kulturschaffenden, die zu einem Intellektuellen werden können – dann nämlich, wenn sie ihr Tätigkeitsfeld verlassen und mit dem Renommee, das sie in diesem Feld erworben haben, in einer politischen und moralischen Frage mahnend, protestierend, empört oder fordernd ihre Stimme erheben. Was aber bedeutet dies?

Der französische Soziologe Pierre Bourdieu hat aus guten Gründen zwei Voraussetzungen genannt, die ein Intellektueller erfüllen muss, um Intellektueller zu sein: Er muss einem relativ autonomen, das heißt von der Ökonomie und Politik unabhängigen Feld des Wissens oder der Kultur angehören und dessen Gesetze akzeptieren; und er muss in eine politische Situation jene Kompetenz einbringen, die er in diesem Feld erworben hat. Intellektualität ist so wohl an Öffentlichkeit gebunden, nicht aber an eine moralische Position oder an die Parteinahme für eine politische Bewegung oder eine Bevölkerungsgruppe. Nur allzu leicht wird dies verwechselt.

Seit über die Position des Intellektuellen im deutschsprachigen Raum diskutiert wird, lassen sich deshalb grob zwei Argumentationslinien verfolgen: Eine, die den Weg zu diesem Eingreifen nur in einer konsequenten Parteilichkeit des Intellektuellen garantiert sehen will und deshalb im Engagement, in der Unterwerfung unter die Politik nicht eine zusätzliche Geste, sondern eine Bedingung intellektueller Tätigkeit sieht; ob dieses En-

gagement der Arbeiterklasse oder den Frauen, der Volksgemeinschaft oder der Nation, den Obdachlosen oder den Asylsuchenden, den Migranten oder den Homosexuellen, den Bosniern oder den Libyern gehört, tut für die grundsätzliche Bestimmung nichts zur Sache. Die andere Argumentationslinie will die Fähigkeit des Intellektuellen zu kritischer Reflexion gerade in seiner relativen Distanz zu den Sphären der Politik und Ökonomie sehen, will in seiner relativen Autonomie vom Politischen die Bedingung für die Produktion unbestechlichen Wissens verankern. Noch die Idee der Unabhängigkeit und Autonomie der Universitäten, den einstigen Produktionsstätten von Intellektualität, zehrte bis in die Organisationsstruktur lange von diesem Gedanken. Seit Universitäten zu Unternehmen mutierten, die deren betriebswirtschaftlicher Logik unterworfen sind, haben sie allerdings aufgehört, ein genuiner Ort einer Intellektualität zu sein, die diesen Namen verdient. Damit ist der Weg frei für den rezenten Typ des Intellektuellen: den politisch engagierten Moralisten.

An die Stelle einer intellektuellen Analyse und Kritik der Gesellschaft ist nun ein moralischer Diskurs getreten, der wieder ganz auf die Unterscheidung zwischen Gut und Böse setzt – Hirnforschung hin oder her. Ein Indiz dafür mag etwa sein, dass die komplexe Hegel'sche Dialektik von Herr und Knecht, die Generationen deutscher, französischer und amerikanischer Intellektueller inspiriert hatte, nun ersetzt worden ist durch die starre, asymmetrische und moralisch hochkonnotierte Dualität von Täter und Opfer. Die Analyse der komplexen Beziehungen zwischen Herr und Knecht, die von Hegel über Marx bis zu Kojève und Foucault die avancierten Theorien der Macht auszeichnete, kann nun substituiert werden durch die Bestimmung der Täter und ihrer Opfer. Alles Weitere ist dann klar: Die Täter können verurteilt



werden und die Opfer beweint. Empörung stellt sich ein – und Betroffenheit. Der Intellektuelle der Gegenwart zeichnet sich dadurch aus, dass er das Deutungsmonopol beansprucht, wer Täter und wer Opfer ist. Das gibt ihm die aktuelle Macht im medialen Diskurs.

Ob diese moralische Urteilskraft, die heute als das einzig gültige Zeichen akzeptierter Intellektualität gilt, allerdings aus der Doppelung von fachlicher Kompetenz und öffentlicher Wirksamkeit erwächst – und nur dies würde die Einheit von Moral und Intellektualität legitimieren – scheint fraglich.

Seit Emile Zolas »Ich klage an« gehört das Bild vom Schriftsteller, der das Gewissen einer Nation repräsentiert, zu den liebgewordenen Wunschvorstellungen einer Öffentlichkeit, die selbst offensichtlich gewissenlos genug ist, um immer jemanden als personifiziertes Gewissen zu gebrauchen. Es gehört zu den großen Mythen der Gegenwart, dass Intellektuelle, Künstler und Schriftsteller eine besondere Verantwortung gegenüber der Welt hätten. Diese teilen sie aber lediglich mit allen Menschen, die guten Willens sind. Keine Frage also, dass dort, wo Unrecht geschieht, Intellektuelle wie andere auch

ihre Stimme erheben können; keine Frage, dass auch prominente Intellektuelle – andere sind ohnehin nicht erwünscht – ihren Namen dazu hergeben können, Hilfsaktionen und Kampagnen aller Art zu unterstützen, wenn es denn schon nicht ohne medienwirksames Namedropping geht. Dabei haben Intellektuelle aber oft nicht mehr Kompetenz als siegreiche Sportler, ökologisch gewendete Firmenchefs, Politiker mit hohen Sympathiewerten oder zu frühem Ruhm gelangte Fernsehstars.

Unerträglich aber wird es, wenn nicht die intellektuelle Kompetenz den öffentlichen Eingriff fundiert, sondern der moralisierende Zeigefinger die intellektuelle oder künstlerische Kompetenz ersetzt. Dass es in den letzten Jahren nicht immer erstklassigen Schriftstellern, Musikern und Entertainern gelungen ist, sich selbst als Intellektuelle darzustellen, und die große moralische Geste als Inbegriff einer intellektuellen Tugend medienwirksam zu präsentieren, hat zu einer Situation geführt, in der nur mehr verurteilt statt geurteilt wird, in der Bekenntnisse statt Analysen gegeben werden, in der pausenlos irgendjemand sich entrüstet, empört oder schämt, jemanden anderen auffordert, sich zu entrüsten, zu empören, zu schämen oder zurückzutreten, und in der Denken, das eigentliches Metier des Intellektuellen, zur unerwünschten Tätigkeit geworden ist.

In den »Minima Moralia« hatte Theodor W. Adorno einmal bemerkt, dass man es den Intellektuellen nie verzeihen werde, dass sie den Anspruch hatten, sich die Hände nicht schmutzig zu machen – das galt zumindest für jene Zeiten, in denen Intellektuelle noch im Elfenbeinturm saßen. Anstatt aber daraus den Schluss zu ziehen, dass es auch für andere günstig sein könnte, die Finger aus dem Dreck zu ziehen, setzten die vermeintlichen Intellektuellen nun alles daran, mitzumachen und sich mit dem Morast der Geschichte und dem

Dreck der Macht zu besudeln. Denn niemand ist durch Macht so leicht verführbar wie der Intellektuelle – weil er sie nicht hat und nicht haben kann. Die kurze Zeit eine enthusiastische Öffentlichkeit erregende Karriere von Schriftstellern und Wissenschaftlern in manchen osteuropäischen Staatskanzleien war zwar nur ein kurzes Zwischenspiel in den Jahren nach 1989; solche Karrieren zeigten aber auch, dass es der Struktur von Macht letztlich doch widerspricht, wenn sie mit jener Position gefüllt wird, die sie einmal von außen kritisierte. Kritik lässt sich nicht in Macht transformieren. Der Philosoph, der zum Politikberater wird und sich rühmt, durch das eine oder andere Telefonat den einen oder anderen militärischen Schlag initiiert zu haben, demonstriert damit weniger seinen politischen Sachverstand als vielmehr die Korruptiertheit seines Geistes. Stark müsste derjenige Intellektuelle genannt werden, der den Verführungen der Praxis widersteht, jener analen Lust, die sich sehr wohl die Hände schmutzig machen will, und die Adorno übersehen hat. In Zeiten, in dem allerdings schon jedem Erstsemestrigen unmissverständlich klargemacht wird, dass entscheidend allein das Praktikum ist, hat die Idee von Intellektualität als institutionalisierter Praxisferne ohnehin ausgedient. Was bleibt, sind penetrante Moralisten und von Medien akklamierte Selbstdarsteller, die sich in der Rolle des Intellektuellen gefallen, ohne den Text, den sie angeblich spielen, je verstanden zu haben. Diese zumindest könnten auch schweigen.



Prof. Dr. Konrad Paul Liessmann, geb. 1953, ist Professor für Philosophie an der Universität Wien, Essayist, Literaturkritiker und Kulturpublizist.